



Susanne Stölzel <susanne.stoelzel@googlemail.com>

## WG: NN/FUERT/LOKAL/LOKAL7/FUERT - 20080705: Kritik am Urteil der Justiz im Fall Arnold

1 Nachricht

klaus.lehnberger@pressenetz.de <klaus.lehnberger@pressenetz.de>  
An: susanne.stoelzel@googlemail.com

1. September 2009 14:39

----- Weitergeleitet von Klaus Lehnberger/nnred/pressenetz am 01.09.2009 14:38 -----

NN/FUERT/LOKAL/LOKAL7 - Sa 05.07.2008 SEITENNAME: LESERBRIEFE

KOLUMNE: LESERBRIEF

### TITEL: Kritik am Urteil der Justiz im Fall Arnold

VORSPANN: *Betrifft: Ermittlungen gegen Fürther Amtsrichter und SPD-Chef eingestellt.*

TEXT:

Mit einem auf den Fürther Amtsrichter Horst Arnold zugelassenen Auto wurde in Aschaffenburg ein Sachschaden an einem anderen Pkw verursacht. Ein alltäglicher Vorgang. Nur, der Fahrer des Unfallwagens entfernte sich, ohne sich um den Schaden zu kümmern. Der Halter konnte jedoch ermittelt werden. Jedem Verursacher einer Verkehrsübertretung, ob mit oder ohne Schaden, wird von der zuständigen Polizeidienststelle ein Bogen zugeleitet, auf dem der Fahrzeughalter vermerken soll, wer zum Tatzeitpunkt Fahrer des Fahrzeuges war.

Man sei dazu verpflichtet, heißt es auf diesem Bogen. Offenbar kennt ein Amtsrichter legale Wege, diese Antwort zu umgehen. „...zum Schutze der Familie“, wie Arnold mitteilt. Begründung? Möglich wäre immerhin, dass zum Tatzeitpunkt eine andere Person im Auto oder an dessen Steuer saß, von der vielleicht die „zu schützende“ Familie nichts wusste. Was gäbe es denn sonst für Gründe, eine solche Aussage, richterlich gestützt, zu verweigern?

Einfach nur „ich habe keine Lust“? Was wäre passiert, wenn sich keiner das Kennzeichen notiert hätte? Der Geschädigte wäre auf seinem Schaden sitzen geblieben. Der Fürther SPD und ihrem erfolgreichen Oberbürgermeister wurde mit diesem Verhalten des Landtagskandidaten (Bayernwahl) Arnold kein Dienst geleistet.

Gerhard Baltzer,  
Fürth

Ich wundere mich sehr darüber, dass ein Amtsgerichtsrat wie Herr Arnold diese Verkehrssache mit der lapidaren Bemerkung „Eingestellt ist eingestellt“ abtut. Ich an seiner Stelle und in seiner Position würde alle Hebel in Bewegung setzen, um einen einwandfreien Freispruch zu erhalten. Alles andere kommt für mich einem Schuldbekenntnis gleich. Es heißt doch so schön: „Vor dem Gesetz sind alle Menschen gleich.“ Hier könnte aber wieder einmal der Verdacht entstehen, dass manche Menschen doch etwas gleicher sind.

Manfred Spangel,  
Fürth

Ich musste den FN-Bericht zwei, drei Mal durchlesen, bevor mir der Inhalt bewusst wurde. Sehr geehrter Herr Arnold, wenn mit Ihrem Wagen ein anderer Pkw beschädigt wurde, sind Sie als Fahrzeugbesitzer für den Schaden verantwortlich. Sollten Sie aber jemand anderem Ihr Fahrzeug überlassen haben, so müssen Sie laut Gesetz den Namen bekannt geben. Können Sie das nicht, bleibt Ihnen nichts anderes übrig, als diesen Anstoß einzugestehen.

Denn laut Bericht war es Ihr Fahrzeug, das für diesen Schaden verantwortlich war. Wird hier mit zweierlei Maß gemessen? Wenn Sie, Herr Arnold, mit Ihrem Gewissen klarkommen wollen, dann begleichen Sie diesen Schaden und die Sache ist vergessen. Weil Sie aber als Amtsrichter Fahrerflucht begangen haben,

gehört Ihnen eine saftige Strafe aufgebremmt.

Alois Geinzer,  
Herzogenaurach

Hier trifft mal wieder der Spruch zu, „eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus“. Mein Vertrauen in die Justiz war noch nie sehr groß und ist nun auf dem Nullpunkt. Die Arroganz, mit der dieser Amtsrichter sich aus der Angelegenheit windet, übertrifft alles. Er hätte sich wahrscheinlich selbst wegen Verdunklungsgefahr gleich in U-Haft eingewiesen, bei dieser Aussage. Was lehrt uns das wieder mal? „Alle Menschen sind gleich, aber manche gleicher.“

Karl Althoff,  
Fürth

----- Weitergeleitet von Klaus Lehnberger/nnred/presnetz am 01.09.2009 14:38 -----

NN/FUERT/LOKAL/LOKAL4 - Do 31.01.2008 SEITENNAME: LESERBRIEFE

**KOLUMNE: LESERBRIEF**

## **TITEL: Soziales Unbehagen**

**VORSPANN: Betrifft: Aussage des Kreisvorsitzenden der SPD, Horst Arnold, zum Ausgang der Hessenwahl.**

### **TEXT:**

Wie ich gelesen habe, ist der Herr Arnold nicht begeistert, dass die Linke in die Landesparlamente einzogen ist. Im „Angefragt“ sagt er, dass die Linken überflüssig sind. Das sind sie aber nicht. Die Partei wird in unserem Land und in Fürth für soziale Gerechtigkeit gebraucht.

Seit Hartz IV – Armut per Gesetz – hat sich die SPD mit der Sozialpolitik bei der Bevölkerung abgemeldet und das Land tief gespalten. Ich frage mich, wo hat die SPD die entsprechenden sozialen Themen besetzt?

Ja, Politik gegen die Arbeitnehmer, gegen die Rentner und sozial Schwache in unserem Land und in Fürth, das ist man seit Gerhard Schröder gewohnt. Den Kleinen nimmt man es und den Großen gibt man es. Das ist die Verteilung von unten nach oben. Als Wählerin der SPD bin ich sehr enttäuscht.

Wenn die Linken im Fürther Stadtrat sind, dann kämpfen sie für die soziale Gerechtigkeit, für die ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen und deren Familien. Sie werden sich deren Probleme annehmen und sich für Lösungen einsetzen. Wenn die Linke am 2.März ins Rathaus kommt, dann kann sich aber auch die SPD sehr warm anziehen.

Ich frage mich, wann hat die SPD in Fürth jemals soziale Kompetenz gezeigt? Soziale Kompetenz hat sie meiner Meinung nach noch nie in Fürth gehabt. Und wenn sie sich den Anschein gibt, dann ist das nur Heuchlerei. Die Realität in Fürth sieht so aus, dass in der Stadt zirka 40 Prozent der Bevölkerung in Armut lebt. Es gibt sogar eine Vielzahl von Kindern, die zu wenig zu Essen haben. Aber die Armut wird seit Jahren in Fürth verschwiegen. Und Kinder haben in Fürth anscheinend keine wirkliche Lobby.

Die SPD hat vor einiger Zeit auf ihren Plakaten getönt: „Wir investieren jeden vierten Euro in Fürth in die Zukunft der Kinder und Jugend!“ Dieser Aussage steht in Fürth die Tatsache gegenüber, dass es sehr viele Kinder gibt, die mit Hunger leben müssen. Die neue Armut hat die SPD durch Hartz IV geschaffen.

Oberbürgermeister Thomas Jung hat bei einer Diskussionsveranstaltung nicht mal den richtigen Regelsatz von Hartz IV gewusst. Das ist schon sehr traurig, da seine Partei das Gesetz mit beschlossen hat. Solange er nicht betroffen ist, interessiert ihn das sicherlich nicht. Am 2. März werden in Fürth die Karten wieder gemischt.

Melanie Musielak,  
Fürth

Herr Younis war lange Zeit in der SPD, hat seine Sozialkompetenz dort aber nicht genügend umsetzen können. Wo bleibt die inhaltliche Auseinandersetzung mit ehemaligen Mitstreitern? Was Arbeit schafft, ist sozial, hören wir von den beiden Volksparteien. Schön und gut! Aber was ist mit den allein 10000 Menschen

in Fürth, die im so genannten sozialen Netz hängen geblieben sind?

Wenn der OB im Wahlkampf viel Lob über seine Arbeit verkündet, steht ihm das zu. Aber was ist mit dem nicht geringen Rest an Herausforderungen, welcher totgeschwiegen wird? Sollte hier die Sichtweise von 420 Euro von Hartz IV und Co. verantwortlich sein?

Auch die hochgelobte und auch notwendige Zuwendung für Schulanfänger und die Bezuschussung von Mittagessen in Einrichtungen ist erst durch beharrliche Basisarbeit des Fürther Sozialforums erreicht worden. Davon überhaupt nichts zu erwähnen, wirft die Frage nach Wahrhaftigkeit auf. Ehrlichkeit sieht anders aus.

Wenn der Bürgerinitiative Mahlzeit-Essen für Kinder unterstellt wird, sie wolle abends auf ihrem Kopfkissen ihr Gewissen beruhigen, indem sie den armen Kindern eine Semmel gespendet habe, empfinde ich das als Verunglimpfung. Nicht wenige Kinder haben keine, oder fast keine Vesper in der Schule. Kluge Erklärungsversuche und Schuldzuweisung an die Eltern machen die Kinder auch nicht satt. Zeichen setzen ist allemal hilfreicher als wohlgemeinte Ratschläge. – Auch Ratschläge solcher Art sind Schläge.

Günter DÜthorn,  
Fürth